

Das lukrative Recht auf Verschmutzung

Der Handel mit Emissionszertifikaten ist ein zweischneidiges Schwert. Einerseits soll es ein umweltregulatorisches Werkzeug über den freien Markt geben, andererseits liegen gerade darin die Schwächen.

Arno Maierbrugger

Die Ergebnisse sind düster: In Österreich greift Emissionsrechtehandel offenbar so gut wie gar nicht. Obwohl den Kyoto-Zielen verpflichtet, liegt das Land weit hinter diesen zurück. Trotz gutherziger Beteuerungen des Umweltministeriums und diverser Aktionspläne wurden die Klimaziele auch zuletzt wieder deutlich verfehlt.

Österreich liegt bei den CO₂-Emissionen um knapp 20 Mio. Tonnen über dem notwendigen Kyoto-Ziel, wie die Klimabilanz des Umweltministeriums zeigt. In dieser sind die Emissionen für das zuletzt beobachtete Jahr 2007 mit 88 Mio. Tonnen CO₂ angegeben. Die Nichterreichung und vor allem die weiter steigende Tendenz der Emissionen könnten ein EU-Verfahren zur Folge haben, in dem Strafzahlungen in der Höhe von bis zu zwei Mrd. Euro fällig werden, eine Summe, die möglicherweise in Klimaschutzmaßnahmen besser investiert wären.

Mangelnde Strategie

Warum tut sich Österreich so schwer? Eines der größten Probleme ist die mangelnde Umsetzung der Klimastrategie, kritisiert Jürgen Schneider, der Klimaexperte des Umweltbundesamtes. Österreich könnte die Klimaziele bis 2020 erreichen, dazu bedürfe es aber „mehr Ehrgeiz und zusätzlicher Anstrengungen“, meint Schneider. Zur Erreichung des Zieles wären über die derzeitige Klimastrategie hinausgehende Aktivitäten notwendig. Setzt Österreich lediglich die Maßnahmen um, die derzeit in der Pipeline sind, werde man die Vorgaben auch beim Herausrechnen des Emissionshandels um zehn Prozent verfehlen, so Schneider.

Besondere Probleme beim Treibhausgasausstoß lokalisieren Experten in Österreich beim Verkehr und bei der Raumwär-

me. Besonders in diesen beiden Bereichen seien tiefer gehende Maßnahmen erforderlich, die über Biosprit und Landesförderungen von Wärmedämmung hinausgehen.

In Sachen Biosprit ist man beim Umweltbundesamt eher pessimistisch: „Die Emissionsminderungen durch den Einsatz von Biokraftstoffen wurden und werden von der kontinuierlich steigenden Verkehrsleistung aufgezehrt. Eine Erreichung des sektoralen Zieles der Klimastrategie ist trotz des Rückgangs der Emissionen aufgrund des Konjunkturreinbruchs nicht absehbar“, sagt Schneider.

Und hier ist die Problematik des Emissionsrechtehandels noch gar nicht berührt. Dieser Rechtehandel ist für die Industrie gedacht, und vom Konzept her stellt er einen marktwirtschaftlich organisierten Prozess des Austausches von Verschmutzungsrechten dar. Der Emissionsrechtehandel geht davon aus, dass Klimaschutz eine wirtschaftliche Last ist, und stellt Mechanismen zur Verfügung, mit dieser Last zu handeln. Die Industrie der einzelnen Staaten bekommt im Rahmen nationaler Aktionspläne eine bestimmte Anzahl an Emissionsrechten zugeteilt, kommt es darüber hinaus zu Emissionen, müssen die Rechte dafür auf dem Markt zugekauft werden.

„Ein Erreichen des sektoralen Zieles der Klimastrategie ist nicht absehbar.“

JÜRGEN SCHNEIDER,
UMWELTBUNDESAMT

So weit, so gut. Während die Erfinder des Emissionsrechtehandels den Vorteil darin sehen, dass die Politik die Obergrenze der Emissionen vorgeben und deren Zielerreichung den Marktkräften überlassen kann,



Der Verkauf von Verschmutzungsrechten ist ein lukratives Geschäft. Die Erreichung von Umweltzielen steht dabei nicht unbedingt an erster Stelle. Foto: Photos.com

sehen Kritiker darin gleich den ersten massiven Strukturfehler. Denn in der Praxis geschieht es, dass jeder Staat dafür lobbyiert, möglichst viele Emissionsrechte zugeteilt zu erhalten, statt dafür zu sorgen, dass seine Industrie die Emissionen reduziert.

Schein und Wirklichkeit

Denn der Verkauf nicht benötigter Emissionsrechte bringt Gewinn, und somit kann es nicht im marktwirtschaftlichen Interesse sein, nationale Emissionen zu senken und dafür weniger Emissionsrechte zugeteilt zu bekommen. Somit wird die Erreichung ehrgeiziger Emissionsziele bloß den „idealistischen Staaten“ aufgebürdet, wie der deutsche Klimaexperte Jürgen Grahl kritisiert. Für die anderen entstehe „ein struktureller Zwang zum Bremsen“ bei der Erreichung der Emissionsziele, womit der Rechtehandel nichts anderes als eine „Scheinalternative“ zum Umweltschutz sei.

Auf internationalen Klimakonferenzen kommt es daher

wie auf einem Basar regelmäßig zu einem Tauziehen um die größtmögliche Zuteilung von Rechten, die ja bares Geld wert sind. Dass dabei Strategien zur Umwelt abseits der Formulierung abstrakter Ziele auf der Strecke bleiben, verwundert daher nicht.

„Die Erreichung von Emissionszielen wird den idealistischen Staaten aufgebürdet.“

JÜRGEN GRAHL,
KLIMAEXPERTE

Derzeit befindet sich der EU-Emissionsrechtehandel in seiner zweiten Periode (2008–2012). Das Problem ist, dass nach wie vor die Anreize für Industrie und Wirtschaft fehlen, Emissionen über die formulierten Ziele hinaus zu senken. Denn erreicht ein Unternehmen den Rahmen, für den freie Emissionsrechte vergeben worden sind, sinken wei-

tere Investitionsanreize in den Klimaschutz praktisch auf null. Übererfüllt ein Unternehmen seine Emissionsreduktionen, ist der Verkauf überschüssiger Rechte auf der Emissionszertifikatebörse immer noch lukrativer als echte Investitionen in weiterführende Umweltmaßnahmen. Ganz abgesehen davon, dass sich der Emissionsrechtehandel über Börsenstrategien wie den Futures-Handel sowie über den Schwarzmarkt schon von der Realwirtschaft zu entfernen beginnt. 2008 waren im österreichischen Budget 56 Mio. Euro für den Ankauf von Emissionsrechten vorgesehen. Im Doppelbudget von Umweltminister Nikolaus Berlakovich (ÖVP) sind es dann als „flexible Reserve“ 52 Mio. für 2009 und 72 Mio. für 2010 plus 89 Mio. „für den Ankauf von Emissionsreduktionen aus dem Ausland“. Bis 2012, prognostiziert die Europäische Umweltagentur, wird Österreich 513 Mio. Euro für Verschmutzungsrechte ausgeben haben.